

Abgeschlossen in Den Haag den 1. März 1954
Von der Bundesversammlung genehmigt am 5. März 1957³
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 6. Mai 1957
In Kraft getreten für die Schweiz am 5. Juli 1957⁴
(Stand am 9. September 2003)

Die Signatarstaaten dieser Übereinkunft,

vom Wunsche geleitet, an der Übereinkunft vom 17. Juli 1905⁵ betreffend Zivilprozessrecht die nach der Erfahrung gebotenen Verbesserungen vorzunehmen, haben zu diesem Zweck den Abschluss einer neuen Übereinkunft beschlossen und die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

I. Mitteilung gerichtlicher und aussergerichtlicher Urkunden

Art. 1

In Zivil- oder Handelssachen erfolgt die Zustellung von Schriftstücken, die für eine im Auslande befindliche Person bestimmt sind, in den Vertragsstaaten auf ein Begehren, das der Konsul des ersuchenden Staates an die vom ersuchten Staate zu bezeichnende Behörde richtet. Das Begehren hat die Behörde, von der das übermittelte Schriftstück ausgeht, den Namen und die Stellung der Parteien, die Adresse des Empfängers sowie die Art des in Rede stehenden Schriftstückes anzugeben und muss in der Sprache der ersuchten Behörde abgefasst sein. Diese Behörde hat dem Konsul die Urkunde zu übersenden, welche die Zustellung nachweist oder den die Zustellung hindernden Umstand angibt.

Alle Anstände, zu denen das Zustellungsbegehren des Konsuls Anlass geben mag, sind auf diplomatischem Wege zu erledigen.

Jeder Vertragsstaat kann in einer an die andern Vertragsstaaten gerichteten Mitteilung erklären, er verlange, dass das Begehren einer in seinem Gebiete zu bewirkenden Zustellung, das die in Absatz 1 bezeichneten Angaben enthalten soll, auf diplomatischem Wege an ihn gerichtet werde.

Die vorstehenden Bestimmungen hindern nicht, dass sich zwei Vertragsstaaten über die Zulassung des unmittelbaren Geschäftsverkehrs zwischen ihren beiderseitigen Behörden verständigen.

AS 1957 467; BBl 1956 II 285

¹ Der Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² Die Neuerungen im Vergleich zur Übereinkunft von 1905 sind kursiv gedruckt.

³ AS 1957 465

⁴ AS 1957 500

⁵ SR 0.274.11

Art. 2

Die Zustellung erfolgt durch die nach den Gesetzen des ersuchten Staates zuständige Behörde. Diese Behörde kann sich, ausgenommen in den in Artikel 3 vorgesehenen Fällen, darauf beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger zu bewirken, sofern er zur Annahme bereit ist.

Art. 3

Dem Begehren ist das zuzustellende Schriftstück in zweifacher Ausfertigung beizufügen.

Ist das zuzustellende Schriftstück in der Sprache der ersuchten Behörde oder in der zwischen den beiden beteiligten Staaten vereinbarten Sprache abgefasst oder ist es von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet, so lässt die ersuchte Behörde, falls es in dem Begehren gewünscht wird, das Schriftstück in der durch ihre innere Gesetzgebung für gleichartige Zustellungen vorgeschriebenen Form oder in einer besondern Form, sofern diese ihrer Gesetzgebung nicht zuwiderläuft, zustellen. Ist ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen, so wird die ersuchte Behörde zunächst die Übergabe nach den Vorschriften des Artikels 2 zu bewirken suchen.

Vorbehältlich anderweitiger Vereinbarung ist die im vorstehenden Absatze vorgesehene Übersetzung von dem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden Staates oder von einem beeidigten Dolmetscher des ersuchten Staates zu beglaubigen.

Art. 4

Die in den Artikeln 1, 2 und 3 vorgesehene Zustellung kann nur abgelehnt werden, wenn sie nach der Auffassung des Staates, auf dessen Gebiet sie erfolgen soll, geeignet erscheint, seine Hoheitsrechte zu verletzen oder seine Sicherheit zu gefährden.

Art. 5

Der Nachweis der Zustellung erfolgt entweder durch einen mit Datum versehenen und beglaubigten Empfangsschein des Empfängers oder durch eine Bescheinigung der Behörde des ersuchten Staates, aus der sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergibt.

Der Empfangsschein oder die Bescheinigung ist auf eine der beiden Ausfertigungen zu setzen oder daran zu heften.

Art. 6

Die Bestimmungen der voraufgehenden Artikel schliessen nicht aus:

1. dass Urkunden den im Auslande befindlichen Beteiligten unmittelbar durch die Post zugesandt werden;

2. dass die Beteiligten die Zustellung unmittelbar durch diejenigen Gerichtsvollzieher oder sonstigen Beamten vornehmen lassen, die in dem Lande, wo die Zustellung erfolgen soll, hierfür zuständig sind;
3. dass jeder Staat die Zustellung an Personen, die sich in einem andern Staate befinden, unmittelbar durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter vornehmen lasse.

Die in diesen Fällen vorgesehenen Zustellungsarten sind jedoch nur statthaft, wenn Abkommen zwischen den beteiligten Staaten sie einräumen oder wenn in Ermangelung von Abkommen der Staat, auf dessen Gebiete die Zustellung erfolgen soll, nicht widerspricht. Dieser Staat kann nicht widersprechen, wenn im Falle des Absatzes 1 Ziffer 3 das Schriftstück ohne Anwendung von Zwang einem Angehörigen des ersuchenden Staates zugestellt werden soll.

Art. 7

Für Zustellungen dürfen Gebühren oder Kosten irgendwelcher Art nicht erhoben werden.

Jedoch ist, vorbehaltlich anderweitiger Übereinkunft, der ersuchte Staat berechtigt, von dem ersuchenden Staate die Erstattung der Kosten zu verlangen, die durch die Mitwirkung eines Vollziehungsbeamten oder durch die Anwendung einer besonderen Form in den Fällen des Artikels 3 entstanden sind.

II. Ersuchungsschreiben

Art. 8

In Zivil- oder Handelssachen können die gerichtlichen Behörden eines Vertragsstaates, nach Massgabe der Vorschriften seiner Gesetzgebung, sich durch Ersuchungsschreiben an die zuständige Behörde eines andern Vertragsstaates wenden, um innerhalb deren Geschäftskreises die Vornahme einer richterlichen Prozesshandlung oder anderer gerichtlicher Handlungen zu erbitten.

Art. 9

Die Ersuchungsschreiben werden durch den Konsul des ersuchenden Staates der von dem ersuchten Staate zu bezeichnenden Behörde übermittelt. Diese Behörde hat dem Konsul die Urkunde zu übersenden, aus der sich die Erledigung des Ersuchens oder der die Erledigung hindernde Umstand ergibt.

Alle Anstände, zu denen diese Übermittlung Anlass geben mag, werden auf diplomatischem Wege erledigt.

Jeder Vertragsstaat kann durch eine an die andern Vertragsstaaten gerichtete Mitteilung verlangen, dass ihm die auf seinem Gebiete zu erledigenden Ersuchungsschreiben auf diplomatischem Wege übermittelt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen schliessen nicht aus, dass sich zwei Vertragsstaaten über die Zulassung der unmittelbaren Übermittlung von Ersuchungsschreiben zwischen ihren beiderseitigen Behörden verständigen.

Art. 10

Vorbehältlich anderweitiger Vereinbarung muss das Ersuchungsschreiben in der Sprache der ersuchten Behörde oder in der zwischen den beiden beteiligten Staaten vereinbarten Sprache abgefasst oder aber von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet sein, die durch einen diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden Staates oder einen beeidigten Dolmetscher des ersuchten Staates beglaubigt ist.

Art. 11

Die Gerichtsbehörde, an die das Ersuchen gerichtet wird, ist verpflichtet, ihm zu entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel anzuwenden, wie bei der Erledigung eines Ersuchens der Behörden des ersuchten Staates oder eines dahingehenden Begehrens einer beteiligten Partei. Diese Zwangsmittel brauchen nicht angewendet zu werden, wenn es sich um das persönliche Erscheinen streitender Parteien handelt. Die ersuchende Behörde ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Orte der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen, damit die beteiligte Partei ihr beizuwohnen in der Lage ist.

Die Erledigung des Ersuchens kann nur abgelehnt werden:

1. wenn die Echtheit der Urkunde nicht feststeht;
2. wenn in dem ersuchten Staate die Erledigung des Ersuchens nicht in den Bereich der Gerichtsgewalt fällt;
3. wenn das Ersuchen nach der Auffassung des Staates, auf dessen Gebiet sie erfolgen soll, geeignet erscheint, seine Hoheitsrechte zu verletzen oder seine Sicherheit zu gefährden.

Art. 12

Im Falle der Unzuständigkeit der ersuchten Behörde ist das Ersuchungsschreiben von Amtes wegen an die zuständige Gerichtsbehörde desselben Staates unter Beobachtung der dafür nach dessen Gesetzgebung massgebenden Regeln abzugeben.

Art. 13

In allen Fällen, in denen das Ersuchen von der angegangenen Behörde nicht erledigt wird, hat diese die ersuchende Behörde unverzüglich hievon zu benachrichtigen, und zwar im Falle des Artikels 11 unter Angabe der Gründe, aus denen die Erledigung des Ersuchens abgelehnt, und im Falle des Artikels 12 unter Bezeichnung der Behörde, an die das Ersuchen abgegeben worden ist.

Art. 14

Die ein Ersuchen erledigende Gerichtsbehörde hat hinsichtlich der zu beobachtenden Formen des Verfahrens die Gesetze ihres Landes in Anwendung zu bringen.

Jedoch ist dem Antrage der ersuchenden Behörde, dass nach einer besonderen Form verfahren werde, zu entsprechen, sofern diese Form der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht zuwiderläuft.

Art. 15

Durch die Bestimmungen der vorstehenden Artikel wird nicht ausgeschlossen, dass jeder Staat die Ersuchen unmittelbar durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter erledigen lassen kann, wenn Abkommen zwischen den beteiligten Staaten dies zulassen oder wenn der Staat, auf dessen Gebiet das Ersuchen erledigt werden soll, nicht widerspricht.

Art. 16

Für die Erledigung von Ersuchen dürfen Gebühren oder Kosten irgendwelcher Art nicht erhoben werden.

Jedoch ist, vorbehältlich anderweitiger Vereinbarung, der ersuchte Staat berechtigt, von dem ersuchenden Staate die Erstattung der an Zeugen oder Sachverständige bezahlten Entschädigungen sowie der Kosten zu verlangen, welche für die wegen Nichterscheinens der Zeugen erforderlich gewordene Mitwirkung eines Vollziehungsbeamten oder durch die Anwendung des Artikels 14 Absatz 2 entstanden sind.

III. Sicherheitsleistung für die Prozesskosten**Art. 17**

Treten Angehörige eines der Vertragsstaaten in einem andern dieser Staaten als Kläger oder Intervenienten vor Gericht auf, so darf, sofern sie in irgendeinem der Vertragsstaaten ihren Wohnsitz haben, ihnen wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder deswegen, weil sie keinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Inlande haben, eine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Benennung es auch sei, nicht auferlegt werden.

Die gleiche Regel findet Anwendung auf die Vorauszahlung, die von den Klägern oder Intervenienten zur Deckung der Gerichtskosten einzufordern wäre.

Die Abkommen, wodurch Vertragsstaaten für ihre Angehörigen ohne Rücksicht auf den Wohnsitz Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozesskosten oder von der Vorauszahlung der Gerichtskosten vereinbart haben, finden auch weiter Anwendung.

Art. 18

Entscheidungen, wodurch der Kläger oder Intervenient, der nach Artikel 17 Absätze 1 und 2 oder nach dem in dem Staate der Klagerhebung geltenden Rechte von der Sicherheitsleistung, Hinterlegung oder Vorauszahlung befreit worden war, in die Prozesskosten verurteilt wird, sind, wenn das Begehren auf diplomatischem Wege gestellt wird, in jedem der andern Vertragsstaaten durch die zuständige Behörde kostenfrei vollstreckbar zu erklären.

Die gleiche Regel findet Anwendung auf gerichtliche Entscheidungen, durch die der Betrag der Kosten des Prozesses später festgesetzt wird.

Die vorhergehenden Bestimmungen schliessen nicht aus, dass zwei Vertragsstaaten vereinbaren, auch der beteiligten Partei selbst zu gestatten, die Vollstreckbarerklärung zu beantragen.

Art. 19

Die Kostenentscheidungen werden ohne Anhörung der Parteien, jedoch unbeschadet eines späteren Rekurses der verurteilten Partei, gemäss der Gesetzgebung des Landes, wo die Vollstreckung betrieben wird, vollstreckbar erklärt.

Die zur Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung zuständige Behörde hat ihre Prüfung darauf zu beschränken:

1. ob nach dem Gesetze des Landes, wo die Verurteilung erfolgt ist, die Ausfertigung der Entscheidung die für ihre Beweiskraft erforderlichen Voraussetzungen erfüllt;
2. ob nach demselben Gesetze die Entscheidung die Rechtskraft erlangt hat;
3. ob das Dispositiv der Entscheidung in der Sprache der ersuchten Behörde oder in der zwischen den beiden beteiligten Staaten vereinbarten Sprache abgefasst ist oder von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet ist, die, vorbehältlich anderweitiger Übereinkunft, durch einen diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden Staates oder einen beidigten Dolmetscher des ersuchten Staates beglaubigt sein muss.

Den Erfordernissen des Absatzes 2 Ziffern 1 und 2 wird genügt *entweder* durch eine Erklärung der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates, dass die Entscheidung die Rechtskraft erlangt hat, *oder durch die Vorlegung gehörig beglaubigter Urkunden, die dartun, dass die Entscheidung in Rechtskraft erwachsen ist.* Die Zuständigkeit dieser Behörde ist, vorbehältlich anderweitiger Vereinbarung⁶, durch den höchsten Justizverwaltungsbeamten des ersuchenden Staates zu bescheinigen. Die Erklärung und die Bescheinigung, die soeben erwähnt worden sind, müssen nach Vorschrift des Absatzes 2 Ziffer 3 abgefasst und übersetzt sein.

⁶ Siehe Art. 3 Abs. 2 der Erkl. vom 30. April 1910 zwischen der Schweiz und Deutschland betreffend Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs (SR 0.274.181.362).

Die zum Entscheid über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung zuständige Behörde bestimmt, sofern die Partei dies gleichzeitig beantragt, die Höhe der in Absatz 2 Ziffer 3 erwähnten Bescheinigungs-, Übersetzungs- und Beglaubigungskosten. Diese Kosten gelten als Prozesskosten.

IV. Armenrecht

Art. 20

In Zivil- und Handelssachen werden die Angehörigen eines jeden der Vertragsstaaten in allen andern Vertragsstaaten unter denselben gesetzlichen Bedingungen und Voraussetzungen zum Armenrecht zugelassen, wie die Angehörigen des Staates, in dessen Gebiete die Bewilligung des Armenrechts nachgesucht wird.

In Staaten, die das Armenrecht auch in Verwaltungssachen kennen, gilt der vorstehende Absatz auch für Angelegenheiten, die vor die in Verwaltungssachen zuständigen Gerichte gebracht werden.

Art. 21

Das Armutszeugnis oder die Erklärung des Unvermögens zur Bestreitung der Prozesskosten muss in allen Fällen von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Ausländers, oder in Ermangelung solcher, von den Behörden seines derzeitigen Aufenthaltsortes ausgestellt oder entgegengenommen sein. Gehören diese Behörden keinem der Vertragsstaaten an und werden von ihnen solche Bescheinigungen oder Erklärungen nicht ausgestellt oder entgegengenommen, so genügt die Ausstellung oder Entgegennahme der Bescheinigung oder der Erklärung durch einen diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Landes, dem der Ausländer angehört.

Hält der Antragsteller sich nicht in dem Lande auf, wo das Armenrecht nachgesucht wird, so ist das Zeugnis oder die Erklärung des Unvermögens kostenfrei von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Landes zu beglaubigen, in dessen Gebiet die Urkunde vorgelegt werden soll.

Art. 22

Die zur Erteilung des Armutszeugnisses oder zur Entgegennahme der Erklärung über das Unvermögen zuständige Behörde kann bei den Behörden der andern Vertragsstaaten über die Vermögensverhältnisse des Antragstellers Erkundigungen einziehen.

Der Behörde, die über den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zu entscheiden hat, bleibt in den Grenzen ihrer Amtsbefugnisse das Recht gewahrt, die ihr vorgelegten Zeugnisse, Erklärungen und Auskünfte auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen *und sich zur ausreichenden Unterrichtung ergänzende Aufschlüsse geben zu lassen.*

Art. 23

Befindet sich der Bedürftige in einem andern Lande als in dem, wo das Armenrecht nachgesucht werden soll, so kann sein Antrag auf Bewilligung des Armenrechts, samt Zeugnissen oder Erklärungen über das Unvermögen und gegebenenfalls weiteren für die Behandlung des Antrages dienlichen Belegen, durch den Konsul seines Landes der zum Entscheid zuständigen oder der von dem Staat, in dem der Antrag behandelt werden soll, bezeichneten Behörde übermittelt werden.

Die in Artikel 9 Absätze 2, 3 und 4 sowie in den Artikeln 10 und 12 hiervor enthaltenen Bestimmungen über Ersuchungsschreiben gelten auch für die Übermittlung von Anträgen auf Bewilligung des Armenrechts und ihrer Beilagen.

Art. 24

Ist das Armenrecht einem Angehörigen eines der Vertragsstaaten bewilligt worden, so hat der ersuchende Staat für Zustellungen jeglicher Art, die sich auf denselben Prozess beziehen und die in einem andern Vertragsstaat vorzunehmen sind, dem ersuchten Staat keinerlei Auslagen zu vergüten.

Dasselbe gilt auch für Ersuchungsschreiben, mit Ausnahme der an Sachverständige bezahlten Entschädigungen.

V. Kostenfreie Abgabe von Auszügen aus den Zivilstandsregistern**Art. 25**

Bedürftige Angehörige eines der Vertragsstaaten können sich unter den gleichen Voraussetzungen wie dessen eigene Staatsangehörige Auszüge aus den Zivilstandsregistern kostenlos ausstellen lassen. Die zu ihrer Eheschliessung erforderlichen Ausweise werden von den diplomatischen oder konsularischen Vertretern der Vertragsstaaten kostenfrei beglaubigt.

VI. Personalhaft**Art. 26**

Die Personalhaft findet in Zivil- oder Handelssachen gegen die einem der Vertragsstaaten angehörenden Ausländer nur in den Fällen statt, in denen sie auch gegen Inländer anwendbar sein würde. Eine Tatsache, auf Grund deren ein im Inlande wohnhafter Inländer die Aufhebung der Personalhaft verlangen kann, soll zugunsten des Angehörigen eines Vertragsstaates die gleiche Wirkung auch dann haben, wenn sich diese Tatsache im Ausland ereignet hat.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 27

Diese Übereinkunft steht den Staaten, die auf der siebenten Tagung der Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, zur Unterzeichnung offen.

Sie wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden beim niederländischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hinterlegt.

Über jede Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird ein Protokoll aufgenommen, wovon jedem Signatarstaat eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Wege zu übermitteln ist.

Art. 28

Diese Übereinkunft tritt am sechzigsten Tage nach der in Artikel 27 Absatz 2 vorgesehenen Hinterlegung der vierten Ratifikationsurkunde in Kraft.

Für jeden Signatarstaat, der später ratifiziert, tritt die Übereinkunft am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Art. 29

In den Beziehungen zwischen den Staaten, die sie ratifizieren, tritt diese Übereinkunft an die Stelle der am 17. Juli 1905⁷ in Den Haag unterzeichneten Übereinkunft betreffend Zivilprozessrecht.

Art. 30

Diese Übereinkunft findet auf das Mutterland jedes Vertragsstaates ohne weiteres Anwendung.

Wünscht ein Vertragsstaat die Inkraftsetzung der Übereinkunft in allen oder einzelnen andern Gebieten, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, so hat er dies in einer Mitteilung bekanntzugeben, die beim niederländischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hinterlegt wird. Dieses übermittelt jedem der Vertragsstaaten auf diplomatischem Wege eine beglaubigte Abschrift.

Die Übereinkunft tritt in Kraft für die Beziehungen zwischen den Staaten, die innerhalb von sechs Monaten nach dieser Mitteilung keine Einwendungen erheben, und jedem Gebiet, dessen internationale Beziehungen der betreffende Staat wahrnimmt und für welches die Mitteilung erfolgt ist.

Art. 31

Jeder Staat, der auf der siebenten Tagung der Konferenz nicht vertreten war, kann vorstehender Übereinkunft beitreten, es sei denn, dass ein oder mehrere Staaten, die die Übereinkunft ratifiziert haben, innerhalb einer Frist von sechs Monaten, nach-

⁷ SR 0.274.11

dem die niederländische Regierung den Beitritt mitgeteilt hat, dagegen Einspruch erheben. Der Beitritt erfolgt in der in Artikel 27 Absatz 2 vorgesehenen Weise.

Es versteht sich, dass Beitritte erst erfolgen können, nachdem diese Übereinkunft gemäss Artikel 28 Absatz 1 in Kraft getreten ist.

Art. 32

Jeder Vertragsstaat kann sich anlässlich der Unterzeichnung oder der Ratifizierung der vorstehenden Übereinkunft oder anlässlich seines Beitritts vorbehalten, die Anwendung des Artikels 17 auf die Angehörigen der Vertragsstaaten zu beschränken, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt auf seinem Gebiete haben.

Ein Staat, der von der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, kann die Anwendung des Artikels 17 durch die anderen Vertragsstaaten nur zugunsten derjenigen seiner Angehörigen beanspruchen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt auf dem Gebiete des Vertragsstaates haben, vor dessen Gerichten sie als Kläger oder Intervenienten auftreten.

Art. 33

Vorstehende Übereinkunft gilt für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von dem in Artikel 28 Absatz 1 angegebenen Zeitpunkt.

Mit demselben Zeitpunkt beginnt der Lauf dieser Frist auch für die Staaten, welche die Übereinkunft erst später ratifizieren oder ihr nachträglich beitreten.

In Ermangelung einer Kündigung gilt die Übereinkunft als stillschweigend von fünf zu fünf Jahren erneuert. Die Kündigung muss wenigstens sechs Monate vor Ablauf der Frist dem niederländischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erklärt werden, das hiervon allen andern Vertragsstaaten Kenntnis geben wird.

Die Kündigung kann auf alle oder einzelne Gebiete, die in einer auf Grund des Artikels 30 Absatz 2 erfolgten Mitteilung aufgeführt sind, beschränkt werden.

Die Kündigung soll nur für den Staat wirksam sein, der sie erklärt hat. Für die übrigen Vertragsstaaten bleibt die Übereinkunft in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, durch ihre Regierungen hierzu gehörig ermächtigt, die vorstehende Übereinkunft unterzeichnet.

Geschehen in Den Haag, den 1. März 1954, in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande zu hinterlegen ist und wovon eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Wege einem jeden der Staaten übergeben werden soll, die auf der siebenten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich der Übereinkunft am 27. August 2003

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	In-Kraft-Treten
Ägypten	18. September 1981 B	16. November 1981
Argentinien*	23. September 1987 B	9. Juli 1988
Armenien	6. Mai 1996 B	29. Januar 1997
Belarus	17. Mai 1993 N	21. Dezember 1991
Belgien	24. April 1958	23. Juni 1958
Bosnien und Herzegowina	1. Oktober 1993 N	6. März 1992
China*		
Macau	10. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Dänemark*	19. September 1958	18. November 1958
Deutschland	2. November 1959	1. Januar 1960
Finnland	8. Januar 1957	12. April 1957
Frankreich	23. April 1959	22. Juni 1959
Französisch Guyana	28. Dezember 1960	17. Juli 1961
Französisch Polynesien	23. Juli 1960	25. Februar 1961
Guadeloupe	28. Dezember 1960	17. Juli 1961
Martinique	28. Dezember 1960	17. Juli 1961
Neukaledonien	23. Juli 1960	25. Februar 1961
Réunion	28. Dezember 1960	17. Juli 1961
St. Pierre und Miquelon	23. Juli 1960	25. Februar 1961
Israel	21. Juni 1968 B	19. August 1968
Italien	11. Februar 1957	12. April 1957
Japan	28. Mai 1970	26. Juli 1970
Kirgisistan	22. November 1996 B	14. August 1997
Kroatien*	23. April 1993 N	8. Oktober 1991
Lettland	15. Dezember 1992 B	12. September 1993
Libanon	9. November 1974 B	7. Januar 1975
Luxemburg	3. Juli 1956	12. April 1957
Marokko	17. Juli 1972 B	14. September 1972
Mazedonien	20. März 1996 N	17. September 1991
Moldau	4. Februar 1993 B	3. November 1993
Niederlande*	28. April 1959	27. Juni 1959
Aruba	29. Januar 1986	1. Januar 1986
Niederländische Antillen	8. September 1967	2. April 1968
Norwegen	21. Mai 1958	20. Juli 1958
Österreich	1. März 1956	12. April 1957
Polen*	12. Januar 1963 B	13. März 1963
Portugal*	3. Juli 1967	31. August 1967
Portugiesische Uebersee- gebiete	25. September 1967	23. April 1968
Rumänien*	1. Dezember 1971 B	29. Januar 1972
Russland*	28. Mai 1967 B	26. Juli 1967
Schweden	21. Dezember 1957	19. Februar 1958

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		In-Kraft-Treten	
Schweiz	6. Mai	1957	5. Juli	1957
Serbien und Montenegro	26. April	2001 N	27. April	1992
Slowakei	26. April	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	8. Juni	1992 N	25. Juni	1991
Spanien	20. September	1961	19. November	1961
Surinam	10. Juli	1977 B	7. September	1977
Tschechische Republik	28. Januar	1993 N	1. Januar	1993
Türkei	13. Mai	1973 B	11. Juli	1973
Ukraine*	10. Juni	1999 N	24. August	1991
Ungarn	21. Dezember	1965 B	18. Februar	1966
Usbekistan	5. März	1996 B	2. Dezember	1996
Vatikanstadt*	19. März	1967 B	17. Mai	1967
Zypern*	27. April	2000 B	1. März	2001

* Vorbehalte und Erklärungen siehe hiernach.

** Gemäss Art. 30 Abs. 3 findet die Übereinkunft keine Anwendung zwischen den portugiesischen Überseegebieten einerseits und Polen und Russland andererseits.

Vorbehalte und Erklärungen

Argentinien

Die Argentinische Republik vertritt die Auffassung, dass das Institut der Personalhaft in Zivil- und Handelssachen beim gegenwärtigen Stand des Völkerrechts im Widerspruch zu den von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Grundsätzen (Art. 38 Abs. 1 Bst. c des Statuts des Internationalen Gerichtshofs) steht.

China

Das Übereinkommen betreffend Zivilprozessrecht, welches im jetzigen Zeitpunkt auf Macao anwendbar ist, wird ab dem 20. Dezember 1999 weiterhin auf die Besondere Verwaltungsregion Macao anwendbar sein, obschon China noch nicht Mitglied des Übereinkommens ist.

Hinsichtlich der Bestimmungen des Artikels 15 des Übereinkommens werden die diplomatischen oder konsularischen Vertreter nicht ermächtigt sein, die Ersuchen unmittelbar bei Staatsangehörigen der Volksrepublik China oder eines Drittstaates in der Besonderen Verwaltungsregion Macao erledigen zu lassen.

Dänemark

Die Regierung Dänemarks erhebt dagegen Einspruch, dass auf ihrem Gebiete von der in Artikel 6 Absatz 1 Ziffer 3 sowie in Artikel 15 gewährten Möglichkeit Gebrauch gemacht werde, unmittelbar durch fremde diplomatische oder konsularische Vertreter die Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke und die Erledigung von Ersuchungsschreiben vorzunehmen.

Kroatien

Gemäss den Artikeln 1 und 9 der Übereinkunft wird ein Begehren durch den Konsul des ersuchenden Staates dem Justiz- und Verwaltungsministerium der Republik Kroatien übermittelt.

Niederlande

Am 1. Januar 1986 erhielt die Insel Aruba, die ein Teil der Niederländischen Antillen war, die innere Autonomie innerhalb des Königreichs der Niederlande. Diese Änderung betrifft nur die internen verfassungsrechtlichen Beziehungen innerhalb des Königreichs der Niederlande.

Polen

Artikel 1 Absatz 1: «Die Regierung der Volksrepublik Polen bezeichnet als zuständige Behörden zur Entgegennahme von Zustellungsbegehren für aus dem Ausland stammende Schriftstücke die Präsidenten der Woiwodschaftsgerichte, in deren Bezirk der Empfänger des zuzustellenden Schriftstückes seinen Wohnsitz hat, unabhängig vom Wege, auf dem das Begehren übermittelt worden ist, sei es durch die konsularische Vertretung oder die Konsularsektion der diplomatischen Vertretung des Vertragsstaates.»

Artikel 1 Absatz 3: «Die Regierung der Volksrepublik Polen macht keinen Gebrauch von der Bestimmung, wonach die Ersuchen um Vornahme der Zustellung von Schriftstücken durch polnische Gerichte auf diplomatischem Wege übermittelt werden müssen.»

Artikel 6: «Die Regierung der Volksrepublik Polen lässt nicht zu, dass die Zustellung von Schriftstücken in den in Artikel 6 Ziffern 1-2 vorgesehenen Formen erfolgt; infolgedessen ist die Zustellung durch die Post oder direkt durch die Beteiligten über die Gerichtsvollzieher oder sonstigen Beamten in Polen nicht möglich.

Jedoch räumt die Regierung der Volksrepublik Polen ein, dass unter der Voraussetzung des Gegenrechts eine Zustellung in der in Artikel 6 Ziffer 3 vorgesehenen Form erfolgt, wobei die Zustellung durch die diplomatische Vertretung oder die konsularischen Vertretungen der ersuchenden Staaten nur vorgenommen werden kann, wenn es sich um ihre in Polen sich aufhaltenden Angehörigen handelt und ohne Anwendung von Zwang erfolgt.»

Artikel 9 Absatz 1: «Die Regierung der Volksrepublik Polen bezeichnet als zuständige Behörde zur Entgegennahme von ausländischen Ersuchungsschreiben – das Justizministerium.»

Artikel 9 Absatz 3: «Die Regierung der Volksrepublik Polen macht keinen Gebrauch von der Bestimmung, wonach die von polnischen Gerichten zu erledigenden ausländischen Ersuchungsschreiben auf diplomatischem Wege übermittelt werden müssen.»

Artikel 18: «Die Regierung der Volksrepublik Polen erklärt ihr Einverständnis gegenüber allen Signatarstaaten, dass die Anträge auf Vollstreckbarerklärung von ausländischen Kostenentscheidungen, wie sie in Artikel 18 der Übereinkunft erwähnt sind, auch von den beteiligten Parteien selbst an die zuständigen polnischen Gerichte gerichtet werden.»

Artikel 3 Absatz 2, Artikel 10 und Artikel 19: «Hinsichtlich der Sprache der Übersetzungen, die den Zustellungsbegehren und den zuzustellenden Schriftstücken (Artikel 3), den Ersuchungsschreiben (Artikel 10) und den Anträgen auf Vollstreckbarerklärung von Kostenentscheidungen sowie Schriftstücken, die mit diesen Begehren übermittelt werden (Artikel 19), beizufügen sind, erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen, dass sie in erster Linie den im Übereinkommen festgelegten Grundsatz anwenden wird, d.h. dass sie sich der Sprache des ersuchten Staates bedienen wird. Um jedoch die Rechtsbeziehungen einfacher zu gestalten, hauptsächlich im Falle, dass die Zahl der Übersetzer für die polnische Sprache im ersuchenden Staat ungenügend sein sollte, erklärt sich die Regierung der Volksrepublik Polen unter der Voraussetzung des Gegenrechts bereit, sich der Sprache eines Drittstaates zu bedienen (Französisch oder Englisch).»

Portugal

Die portugiesische Regierung macht von der in Artikel 1 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 3 gewährten Möglichkeit Gebrauch.

Rumänien

Die rumänische Regierung bezeichnete ihr Justizministerium als zuständige Behörde zur Entgegennahme von: Zustellungsbegehren für ausländische Schriftstücke gemäss Artikel 1 Absatz 1 der Übereinkunft, Ersuchungsschreiben gemäss Artikel 9 Absatz 1 sowie Anträge auf Bewilligung des Armenrechts gemäss Artikel 23 der Übereinkunft.

Russland⁸

Bezugnehmend auf die Artikel 1, 6, 9 und 15 der Übereinkunft erklärt die Regierung der Russischen Föderation, dass, in Übereinstimmung mit dem in der Russischen Föderation angewandten Verfahren, die gerichtlichen Schriftstücke, die von den zuständigen ausländischen Behörden ausgehen und für Personen bestimmt sind, die sich auf dem Gebiet der Russischen Föderation aufhalten, sowie die Ersuchungsschreiben der erwähnten zuständigen Behörden auf diplomatischem Weg dem Außenministerium der Russischen Föderation zur Erledigung übermittelt werden müssen. Gemäss den in Artikel 6 letzter Absatz festgesetzten Voraussetzungen schliesst dieses Verfahren jedoch die Zustellung von Schriftstücken durch die ausländischen diplomatischen und konsularischen Missionen in der Russischen Föderation nicht aus, die bestimmt sind für Angehörige von Staaten, die von diesen Missionen vertreten werden.

⁸ Neufassung der Erklärung der UdSSR (AS 1968 1724) durch die Russische Föderation.

Ukraine

Die Ukraine hat ferner folgende Erklärung in Bezug auf die Artikel 1, 6, 9, und 15 des Übereinkommens abgegeben:

«(...) zu bestätigen, dass in Einklang mit dem in der Ukraine bestehenden Verfahren von ausländischen Justizbehörden ausgestellte und für die Zustellung an Personen mit Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Ukraine bestimmte gerichtliche Schriftstücke sowie gerichtliche Anordnungen der genannten Justizbehörden den zuständigen ukrainischen Stellen auf diplomatische Wege durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine zur Erledigung übermittelt werden sollen. Dieses Verfahren schliesst es nicht aus, dass diplomatische und konsularische Missionen fremder Staaten in der Ukraine Angehörigen der von diesen Missionen vertretenen Staaten im Einklang mit Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens Schriftstücke übermitteln.»

Vatikanstadt

Unter Bezugnahme auf Artikel 1 letzter Absatz erklärt der Staat der Vatikanstadt, dass die mit dem italienischen Staat, gestützt auf das Abkommen vom 6. September 1932, getroffenen Vereinbarungen betreffend die Zustellung von Schriftstücken in Zivil- und Handelssachen ihre volle Wirksamkeit behalten sollen.

Zypern

Nach Artikel 32 des Übereinkommens behält sich die Republik Zypern das Recht vor, die Anwendung des Artikels 17 auf die Angehörigen der Vertragsstaaten zu beschränken, die in ihrem Hoheitsgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Zypern erklärt, dass die zuständige Zentralbehörde gemäss den Bestimmungen der Übereinkunft die Folgende ist:

Permanent Secretary
Ministry of Justice and Public Order
125 Athalassa Ave.
Strovolos
2024 Nicosia
tel.: +357 (2) 805911 / 805928
fax: +357 (2) 518356

